



Niederschrift

50. Sitzung Hauptausschuss
9. April 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Verstöße gegen die Mietpreisbremse, gegen „Mietpreiserhöhungen“ und Mietwucher verhindern. Einführung eines Monitorings von Wohnungsinseraten auf die Miethöhe

Antrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2024/0072

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die entschuldigt fehlenden Mitglieder mit. Zu Tagesordnungspunkt 8 seien zusätzlich die Mitglieder des Sportausschusses eingeladen.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) führt aus, man habe sich bei diesem Antrag an den Erfahrungen aus Freiburg, Esslingen und Stuttgart orientiert. Freiburg habe sehr gute Erfahrungen damit gemacht. In Esslingen und Freiburg sei es ohne größeren Personalaufwand möglich. Sie hätten sich auf die Firma Mietmonitor gestützt, welche eine Onlineauswertung von Onlineportalen mache. Freiburg und Esslingen seien zu dem Schluss gekommen, dass das Aufmerksammachen der Vermieter auf überhöhte Mieten positive Effekte habe.

Ihre Fraktion schlage daher vor, diese IT-gestützte Prüfung ins Auge zu fassen. Sie sehe nicht, wofür eineinhalb Personalstellen notwendig seien, wenn man für die Auswertung kein Personal benötige. Wenn es dazu führe, dass die Mieten nicht unnötig steigen, sei viel gewonnen. Ihre Fraktion bittet darum, das Thema nochmals in den Gemeinderat zu bringen.

Stadtrat Honné (GRÜNE) rät dazu, es im Moment nicht zu machen. Die Verwaltung wolle dem kommunalen Netzwerk beitreten. Wenn sich dann ergebe, dass es doch möglich, sollte es möglichst bald eingeführt werden. Es seien einzelne Fälle, in denen die Stadtverwaltung etwas bewirken könne.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) weist darauf hin, Ziel sei, Wohnraum für diejenigen freizuhalten, die sich das wirtschaftlich leisten können. Erreicht soll dies mit einem Überprüfungsmechanismus werden. In der Verwaltungsvorlage sei plausibel dargelegt, dass man hierfür Personal einsetzen müsse, weil man nicht alles digital abwickeln könne. Man müsse es bewerten, bevor man die Vermieter anschreibe. Das Gesetz gehe davon aus, dass sich dieser Konsumkreis selbst überwache und selbst Verstöße anzeige. Von daher seien Vermieter gut beraten, sich an die Gesetze zu halten.

Was wollen die LINKE. damit erreichen, außer die Leute zu verunsichern? In der Sache seien von der Skalierung her keine Effekte zu erwarten. Man müsse andere Dinge anpacken, beispielsweise brauche man schlicht mehr Wohneinheiten.

Stadträtin Melchien (SPD) sieht überhöhte Mieten als ein Problem in der Stadt. Sie glaube nicht, dass der Markt alles regeln werde. Den Ausführungen der Verwaltung könne man jedoch folgen, dass Kosten und Nutzen fraglich seien. Gerade in Zeiten von knappen Kassen und Personalmangel sei es wichtig, Ressourcen zielgerichtet und effektiv einzusetzen. Für ihre Fraktion sei wichtiger, dass man sich in dem gebildeten Netzwerk engagiere. Wenn sich herausstelle, dass bestimmte Maßnahmen gemeinschaftlich angewandt werden sollten, unterstütze ihre Fraktion dies selbstverständlich.

Stadträtin Fenrich (pl.) ist der Meinung, was hier beantragt werden, greife in die Privatautonomie ein. Wenn Karlsruhe die Möglichkeit habe, diesem Netzwerk beizutreten, gehe es nicht nur um einzelne überteuerte Wohnungen, sondern dann gehe es auch darum, dass die angeschlossenen Kommunen vielleicht Vorschläge an den Bund machen, um entsprechende Gesetzesvorhaben einzuleiten.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) entgegnet, Wohnraum sei ein knappes Gut. Dann regle der Markt es mit hohen Preisen. Das könne man sich als Stadt nicht leisten. Man brauche die vielen Menschen, die mit kleinen Einkommen viele Dienstleistungen erbringen. Das behindere die Gewinnung von Personal, von Fachkräften im Pflegebereich und allen anderen Dienstleistungen, bei denen es keine großen Gehälter gebe. Man müsse dafür sorgen, dass das Mietniveau in Karlsruhe nicht weiter steige.

Auf vielen Ebenen sei festgestellt worden, dass der Markt es nicht regle. Einem Netzwerk beizutreten sei gut. Aber es sei auch immer notwendig, dass Einzelne einen Schritt nach vorne machten, wie Freiburg, Esslingen und Stuttgart. Wie stelle sich der Mieterverein Karlsruhe zu dem Ganzen? Könne man nochmals prüfen, wie diese Firma eventuell für Karlsruhe tätig werden könne? Welche Kosten würde dies mit sich bringen?

Stadtrat Honné (GRÜNE) stellt fest, im Ziel seien sich alle einig. Die Frage sei, wie man auf die Mieten wirklich Einfluss nehmen könne und über Einzelfälle hinaus wirklich eine Wirkung erzielen könne. Seine Fraktion setze auf das Netzwerk, welches hoffentlich zu Vorschlägen komme, die eine reale Veränderung der Mieten bewirken.

Der Vorsitzende verweist, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, den Antrag in den Gemeinderat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
15. April 2024